

Ventura plädiert für Verzicht, Hurter vertraut auf Innovation

- 30.01.2025
- shn.ch / Schaffhauser Nachrichten Online

Am 9. Februar stimmen wir über die Umweltverantwortungsinitiative ab – ein echtes «Bandwurmwort». Doch wofür steht es eigentlich? Frau De Ventura, die Initiative der Jungen Grünen verlangt, dass die Schweizer Wirtschaft künftig nur so viele Ressourcen verbraucht und Schadstoffe freisetzt, wie die Natur regenerieren kann. Bedeutet das, wir müssten bald auf Fleischkonsum verzichten und die Heizung im Winter herunterschrauben? Linda De Ventura: Die Initiative wird von einer breiten Allianz von SP, Grünen, der EVP und zahlreichen Organisationen wie zum Beispiel der ProNatura und der Kleinbauernvereinigung unterstützt. Im Grunde wissen wir alle, dass wir so wie bisher nicht weitermachen können.

Es gibt einige positive Entwicklungen, aber sie reichen bei Weitem nicht aus, damit wir unseren Enkeln und kommenden Generationen eine Erde hinterlassen können, auf der es sich noch zu leben lohnt. Die Menschen wissen, dass jetzt gehandelt werden muss. Die Wirtschaft muss handeln. Wir müssen unser Wirtschaftssystem so ändern, dass wir nicht mehr verbrauchen, als die Natur wiederherstellen kann. Die Initiative verlangt, dass das Ziel bereits in zehn Jahren erreicht wird.

Der Text gibt aber keine Massnahmen vor, das Parlament müsste diese festlegen. Um das ehrgeizige Ziel zu erreichen, bräuchte es wohl auch einschneidende Massnahmen, welche die Bevölkerung betreffen.

Noch einmal: Müssen wir in Zukunft auf Fleisch verzichten? De Ventura: Wir wollen nicht, dass jeder individuell ein schlechtes Gewissen haben muss, wenn er Fleisch isst oder Auto fährt. Als Politikerinnen und Politiker sollten wir nicht die individuellen Entscheidungen anprangern, sondern das System ändern. Wir müssen uns einschränken, denn wir können nicht so weitermachen wie bisher.

Ja, es geht auch darum zu verzichten, denn dass wir in der Schweiz über unsere Grenzen leben, ist wissenschaftlich belegt. Wo genau dieser Verzicht stattfindet – ob weniger produziert oder anders produziert wird –, ist Teil der politischen Diskussion nach der Abstimmung. «Mit einer Utopie will man dem Klima helfen.»

Thomas Hurter, Sie waren Berufsmilitärpilot, fliegen sporadisch noch als Linienpilot, haben also Kerosin und Benzin im Blut. Sind wir klimapolitisch auf dem richtigen Weg? Thomas Hurter: Ja, ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg, nur ist die Initiative nicht auf dem richtigen Weg.

Sie hat Zielsetzungen, die nicht umsetzbar sind. Mit einer Utopie will man dem Klima helfen. Somit gibt man der Bevölkerung das Gefühl, dass man damit das Problem lösen kann. Aber das kann man nicht. Die Initiative verlangt, dass man innerhalb von zehn Jahren eine Reduktion des Konsums um ungefähr zwei Drittel erreicht.

Wenn man das ins Verhältnis setzt, muss man festhalten, dass wir den Ressourcenverbrauch von 2000 bis 2018 um rund 26 Prozent reduziert haben. Also in annähernd 20 Jahren. Jetzt kommt die Initiative und sagt, ihr habt noch zehn Jahre, müsst aber den Verbrauch um zwei Drittel reduzieren. Das geht nicht. Ich finde es verrückt, dass die Politik meint, sie sei schlauer als die Wissenschaft.

Die Wissenschaft warnt vor den Folgen des Klimawandels. Die schmelzenden Gletscher sind in unseren Bergen quasi vor der Haustür sichtbar. Die Schweiz verfolgt derzeit das Ziel, bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Doch von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt. Braucht es nicht kurzfristigere Massnahmen, um schneller voranzukommen? Hurter: Wenn die Initiative

tatsächlich dazu beitragen würde, das Klima weltweit zu retten, müsste man sie wohl annehmen.

Aber das tut sie nicht. Erstens sind wir zu klein, und zweitens ist sie eine reine Utopie. Es handelt sich um eine Verbotsinitiative, wie Frau De Ventura selbst indirekt angedeutet hat. Etwa 15 Prozent des Ressourcenverbrauchs entfallen auf die Mobilität, während Wohnen und Ernährung jeweils 25 Prozent ausmachen. Diese drei Bereiche sind die grössten Treiber.

Das bedeutet, wir müssten in diesen Bereichen massive Verbote einführen. Wir müssten die Mobilität einschränken und den Konsum drastisch reduzieren. Das würde zu einem massiven Verlust von Arbeitsplätzen führen. Deshalb sage ich, dass wir mit Innovation arbeiten müssen, unter anderem mit dem neuen Stromgesetz. «Es ist egoistisch, wenn wir jetzt nicht alle Hebel in Bewegung setzen, um den Verbrauch zu senken.

» Innovation ist als Stichwort gefallen, schaffen wir es damit? De Ventura: Nein, wir schaffen es nicht. Ich habe das Abstimmungsverhalten von dir, Thomas Hurter, in den letzten Jahren angeschaut. Man erkennt sofort, dass dir die aktuellen Massnahmen ausreichen. Aber es reicht nicht aus, um unsere Erde lebenswert zu erhalten. Du trägst wenig dazu bei, dass wir das Tempo beschleunigen und tatsächlich vorwärtskommen.

Es ist egoistisch, jetzt nicht zu handeln. Wir geniessen Wohlstand, uns geht es jetzt gut. Aber die kommenden Generationen werden nichts mehr haben, um zu wirtschaften, weil wir die verbleibenden Ressourcen bis dahin aufgebraucht haben. Wenn wir die Ressourcen durch Wirtschaft und Konsum verschwenden, ist das unverantwortlich. Wie können wir das den kommenden Generationen erklären? Es ist egoistisch und kurzsichtig, wenn wir jetzt nicht alle Hebel in Bewegung setzen, um den Raubbau an unserem Planeten zu stoppen.

Wir Schweizerinnen und Schweizer verursachen pro Kopf jährlich rund 13 Tonnen CO₂ – eine beachtliche Zahl, die auch unseren Konsum einschliesst. Müssen wir den Gürtel enger schnallen?

Hurter: Das müssen wir sicherlich. In der klassischen Entwicklung demokratischer Länder ist dieses Bewusstsein vorhanden. Aber man muss klar sehen, dass die Länder, die mehr Ressourcen verbrauchen, auch erheblich in den Klimaschutz investieren. Länder wie Haiti, Afghanistan und Madagaskar würden die Ziele der Initiative vielleicht erfüllen, aber sie haben nicht die Mittel, um in klimafreundliche Massnahmen zu investieren.

Ich gebe ein Beispiel aus der Luftfahrt: Wenn man ein Luftfahrtunternehmen daran hindert, in neue Flugzeuge zu investieren – Flugzeuge, die bei jeder Generation 20 Prozent weniger CO₂ ausstossen –, dann nimmt man der Wirtschaft die nötige Kraft, um voranzukommen. Kommen wir durch Innovation alleine wirklich schnell genug vorwärts, oder stehen uns noch grosse technische Hürden im Weg – etwa beim Fliegen mit Wasserstoff?

Hurter: Wasserstoff ist ein anderes Thema, weil dafür eine völlig neue Infrastruktur erforderlich ist. Synthetische Treibstoffe hingegen, die herkömmliche Brennstoffe durch alternativ hergestellte Kraftstoffe ersetzen, können mit der bestehenden Infrastruktur genutzt werden. Das ist ein guter Weg, benötigt aber enorm viel Energie. Wenn Frau De Ventura mein Abstimmungsverhalten analysiert und behauptet, ich hätte alles abgelehnt, dann sprechen wir von reinen Verboten.

Ich muss Ihnen sagen, Frau De Ventura, ich mache keine Verbotspolitik. Ich setze auf Innovation und darauf, Lösungen zu finden. Diese Verbots- und Verarmungsinitiative hingegen bremst unsere Wirtschaft aus und gefährdet sie. Fürs Klima wird dadurch gar nichts erreicht.

Frau De Ventura, geht es nur mit Verboten oder inwieweit kann man bei der Umsetzung der Initiative auf Anreize setzen? De Ventura: Wir sollten beispielsweise klima- und biodiversitätsschädliche Subventionen streichen, in einen bezahlbaren öffentlichen Verkehr investieren und Grosskonzerne dazu bringen, die Klimaschäden, die sie verursachen, mitzufinanzieren.

Denn sie machen seit Jahren hohe Renditen, die negativen Folgen des Ressourcenverschleisses tragen aber wir alle. Das Verursacherprinzip wäre angezeigt. Auch im Wohnbereich sollte der

Energieverbrauch gesenkt werden. Doch Investitionen wie neue Dämmungen, Wärmepumpen oder Solaranlagen bedeuten oft höhere Mieten, und die Preise sind ohnehin schon massiv gestiegen. Wie lässt sich dieses Dilemma lösen? De Ventura: Verantwortlich für die zu hohen Mieten sind die verfassungswidrigen Renditen der Immobilienkonzerne.

Im Initiativtext steht, dass die Massnahmen sozialverträglich sein müssen. Das bedeutet für mich, dass diejenigen, die mehr Geld haben, sich stärker an den Massnahmen beteiligen müssten. Denn es sind die Reichen, die meist mehr konsumieren und Energie benötigen und damit Ressourcen verbrauchen.

Wie soll es generell gelingen, innerhalb von zehn Jahren zwei Drittel des Ressourcenverbrauchs einzusparen? De Ventura: Im Parlament haben die SP und die Grünen einen Gegenvorschlag eingebracht. Die Initiative selbst stammt von den Jungen Grünen.

Wir wollten die Zehn-Jahres-Frist streichen, um mehr Zeit für die Umsetzung zu gewinnen. Und wer hat das abgelehnt? Die Bürgerlichen. Jetzt behaupten sie, die Initiative sei unrealistisch. War das Taktik, Herr Hurter? Hurter: Was da genau im Parlament gelaufen ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Es geht jetzt nicht um Vergangenes, sondern um die Initiative, die nun auf dem Tisch liegt und in dieser Form umgesetzt werden müsste.

Sie fordern eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs um zwei Drittel innerhalb von zehn Jahren – das ist schlicht nicht machbar. Wenn Sie das wirklich durchsetzen wollen, geht das nur mit Verboten. Damit gefährden Sie die Wirtschaft, vernichten Arbeitsplätze und riskieren den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Tun wir im Verhältnis zu den anderen Ländern genug? Hurter: Es stimmt nicht, dass wir nichts tun. Wir sind zum Beispiel führend in Europa bei der Verlagerung von der Strasse auf die Schiene.

Wir müssen die politischen Weichen richtig stellen, ohne Verbote. Ich will keine Verwaltung, die bestimmt, wer noch Fleisch essen darf oder wer mehr dafür bezahlen muss. Oder die entscheidet, wer ein Auto besitzen darf. Das wäre ein bürokratisches Monster.

De Ventura: Natürlich würde ich mir auch wünschen, dass wir einfach weitermachen können wie bisher, nur mit etwas mehr Innovation.

Aber das wäre naiv – das wird nicht ausreichen. Alleine mit Innovationen werden wir die Klimakrise nicht bewältigen, das haben die letzten Jahre gezeigt. Wir müssen weitere Massnahmen ergreifen. Wenn die Initiative angenommen wird, muss das Parlament diese Massnahmen festlegen. Doch ich habe keine Illusionen: Das Parlament ist keineswegs links-grün und wird die Umsetzung so minimalistisch wie möglich gestalten.

Es ist jedoch höchste Zeit, dass der Klima- und Biodiversitätsschutz endlich zur Priorität wird.

Herr Hurter, Sie lehnen die Initiative ab, welche Massnahmen schlagen Sie als Alternative vor? Hurter: Wir sind ja dran. Wir haben ein Energiegesetz verabschiedet. Die Wissenschaft ist innovativ und nicht die Politik. Das ist das Problem in Bern, dass man das nicht erkennt.

Die Politik ist nicht innovativ, die Wirtschaft und die Wissenschaft sind innovativ. Speziell im Wohnbereich investieren wir extrem viel in Wärmedämmungen. Wir haben im Bündnerland ein Maiensäss, wenn ich sehe, wie man das dämmen kann und Solaranlagen installieren kann, bin ich optimistisch. Die Leute finanzieren das alles praktisch selbst. Das ist Innovation, da kann man dahinterstehen.

Wir brauchen keinen Staat, der sagt, das darfst du machen, jenes nicht. Das bringt unser Land nicht weiter.

De Ventura: Es ist explizit das Ziel der Initiative, dass man nicht einzelne Dinge verbietet. Hurter: Wie wollen Sie es denn machen? De Ventura: Die Politik muss sicherstellen, dass sich unser Wirtschaftssystem nachhaltig entwickelt. Die natürlichen Ressourcen unseres Planeten dürfen nicht weiterhin sinnlos verschwendet werden.

Jede und jeder von uns weiss, dass wir unser Konsumverhalten etwas zügeln könnten. Das geht ohne Verlust der Lebensqualität und ohne dass wir damit unseren gesamten Wohlstand gefährden. Wir wissen, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung gleich viel zum Klimawandel beiträgt wie zwei Drittel der ganzen Weltbevölkerung. Ein anderes Wirtschaften ist möglich – was bisher fehlt, ist der politische Wille.

Hurter: Es geht nicht nur darum, den Konsum ein bisschen einzuschränken. Es geht um eine Reduktion von zwei Drittel des Konsums, das ist ein bisschen viel. Wir sollten auf Innovation setzen, um etwas für das Klima zu tun. Die Schweiz rettet die Welt so nicht. Die Formulierungen aus dem Gespräch wurden für das schriftliche Interview verdichtet und präzisiert. Können wir so weitermachen wie bis jetzt – oder droht dann die Katastrophe? Die Umweltverantwortungsinitiative fordert den Totalumbau der Wirtschaft.

Sollte die Initiative angenommen werden, wäre das nationale Parlament verpflichtet, die ehrgeizigen Ziele der Jungen Grünen umzusetzen. Thomas Hurter (SVP) und Linda De Ventura (SP) kreuzen bereits jetzt die Klängen. Streitgespräch zur Umweltverantwortungsinitiative Till Burgherr (tbu) Thomas Hurter hält die Ziele der Jungen Grünen für utopisch, Linda De Ventura hingegen fordert mehr Entschlossenheit im Kampf gegen den Klimawandel. Bild: Melanie Duchene Nationalrätin Linda de Ventura (SP) und Nationalrat Thomas Hurter (SVP) trafen sich mit Till Burgherr im Studio des Schaffhauser Fernsehens zum Streitgespräch.